

Beschluss (Ziffer 4 in beiden Ausschüssen gegen die Stimme der BAYERNPARTEI)

im Kinder- und Jugendhilfeausschuss und im Sozialausschuss:

1. Der Antrag Nr. 14-20 / A 05565 von Frau StRin Anne Hübner, Herrn StR Alexander Reissl, Frau StRin Verena Dietl, Herrn StR Christian Müller, Frau StRin Kathrin Abele, Frau StRin Simone Burger, Herrn StR Jens Röver, Herrn StR Christian Vorländer vom 01.07.2019 wird aufgegriffen und bis 30.06.2020 im Rahmen einer neuen Beschlussvorlage geschäftsordnungsgemäß behandelt. Die Frist zur Bearbeitung dieses Antrags wird bis dahin verlängert.
2. Der Antrag Nr. 14-20 / A 04884 von Herrn StR Christian Müller, Frau StRin Verena Dietl, Herrn StR Alexander Reissl, Frau StRin Dr. Constanze Söllner-Schaar, Frau StRin Anne Hübner, Frau StRin Simone Burger, Herrn StR Cumali Naz, Herrn StR Christian Vorländer vom 23.01.2019 ist damit geschäftsordnungsgemäß behandelt.
3. Der Antrag Nr. 14-20 / A 05692 von der Die LINKE, der FDP – HUT Stadtratsfraktion, der Fraktion DIE GRÜNEN/RL und der SPD-Fraktion vom 24.07.2019 ist damit geschäftsordnungsgemäß behandelt.
4. Das Sozialreferat wird beauftragt, eine Delegation, der auch Vertreterinnen und Vertreter des Stadtrates sowie des Städtischen Klinikums Münchens angehören, in das Flüchtlingslager in Ioannina zu organisieren, um dort weitere Hilfsbedarfe zu eruieren und im Anschluss einen entsprechenden Hilfstransport zu organisieren.
Bei entsprechendem Bedarf können die Hilfsbedarfe auch im Sinne einer Patenschaft verstetigt werden.

5. Das Referat für Bildung und Sport wird gebeten, das Angebot von SOS Mediterranee, Material und Referenten für Projektstage bereitzustellen, weiterführenden Schulen in München zur Kenntnis zu geben.
6. Das Kulturreferat wird um Prüfung gebeten, ob Veranstaltungsorte für Benefizaktionen kostenfrei überlassen werden können.
7. Das Sozialreferat wird beauftragt, auf Münchner Veranstalterinnen und Veranstalter zuzugehen, um eine Benefizveranstaltung anzustoßen.
8. **Die Stadt München übernimmt offiziell die Patenschaft für das Seenotrettungsschiff Ocean Viking und prüft die temporäre Einrichtung eines städtischen Spendenkontos mit der Option einer Verdoppelung des im Rahmen der geplanten Benefizaktionen eingegangenen Spendenbetrags durch städtische Mittel für das Patenschiff Ocean Viking. Berufen soll sich die Stadt dabei auf das vergleichbare Vorgehen bei der Einrichtung eines Spendenkontos zur Restaurierung der Kathedrale Notre-Dame de Paris.**
9. **Der Oberbürgermeister wird beauftragt, sich bei der Bayerischen Landesregierung für die schnellstmögliche Einführung eines Humanitären Aufnahmeprogramms für aus Seenot gerettete Geflüchtete einzusetzen. Die Bayerische Landesregierung wird zudem dazu aufgefordert, den Vorstoß des Landes Berlin zur Änderung des § 23 Abs. 1 Satz 3 AufenthG für die Autonomie der Bundesländer bei der Einsetzung von Humanitären Aufnahmeprogrammen im Bundesrat zu unterstützen. Außerdem werden die Bundesregierung und die Bayerische Landesregierung dazu aufgefordert, erheblich höhere Aufnahmequoten im Rahmen des Resettlements gemäß § 23 Abs. 4 AufenthG zu vereinbaren.**

nur im Kinder- und Jugendhilfeausschuss (im Sozialausschuss abgelehnt):

10. **Der Oberbürgermeister setzt sich zudem auf Bundes- und Landesebene für die Einführung einer eigenständigen Norm zur kommunalen Aufnahme entsprechend dem § 23 Abs. 1 AufenthG ein. Die Stadt München erklärt sich hier bei bereit, aus Seenot gerettete Menschen ähnlich eines Relocation-Programmes direkt aufzunehmen und unterzubringen. Diese Aufnahme geschieht zusätzlich zur bestehenden Verteilungsquote Asylsuchender nach dem Königsteiner Schlüssel**

nur im Sozialausschuss (im Kinder- und Jugendhilfeausschuss abgelehnt):

11. **Die Landeshauptstadt München richtet einen detaillierten und regelmäßig zu aktualisierenden Web-Auftritt zu Hintergrund und Zielen der Seebrücke-Initiative sowie zu den entsprechenden städtischen Aktivitäten und politischen Fortschritten im Rahmen des Bündnisses Sicherer Häfen ein.**

im Kinder- und Jugendhilfeausschuss und im Sozialausschuss:

12. Der Antrag Nr. 55 der Vollversammlung des des Migrationsbeirates der Landeshauptstadt München vom 08.07.2019 „München nimmt Geflüchtete von deutschen Seenotrettungsschiffen auf“ ist damit geschäftsordnungsgemäß behandelt.
13. Der Antrag Nr. 14-20 / A 06123 von der Die LINKE vom 31.10.2019 ist damit geschäftsordnungsgemäß behandelt.
14. Dem Stadtrat wird in einer Bekanntgabe im Juni 2020 zu den einzelnen Aktivitäten erneut berichtet.

15. Dieser Beschluss unterliegt nicht der Beschlussvollzugskontrolle.